

IG Metall rügt 'raue Sitten' bei Max Moritz in Werl

Gewerkschaft: „Aufhebungs- und Änderungsverträge brechen Tarifrecht“

WERL (koch)

Von „rauen Sitten im Autohaus Max Moritz in Werl“ spricht die IG Metall Hamm: Laut Gewerkschaft greift die Geschäftsleitung der Werler VW- und Audi-Autohäuser, die zur Weller Gruppe (Max Moritz) gehören, „massiv in die Rechte ihrer Beschäftigten ein“.

„Das schlägt dem Fass die Krone in's Gesicht“, schimpft Karl-Heinz Neumann. Im Gespräch mit der WP erläutert der Gewerkschaftssekretär die in Werl erfolgten Verstöße

gegen geltendes Tarifrecht.

So sollen Max Moritz-Mitarbeiter, die bisher unter den Schutz der Tarifverträge fallen, durch Änderungsverträge künftig auf tarifliche Ansprüche verzichten. Anderen Beschäftigten werde mit Kündigung gedroht.

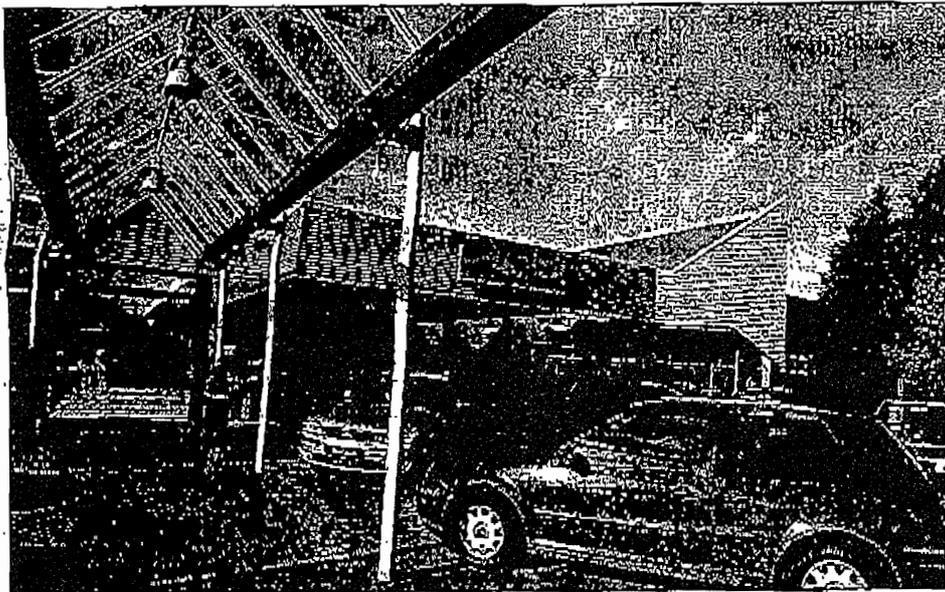
Wie die WP berichtete, haben bereits fünf Mitarbeiter in den beiden Max Moritz-Niederlassungen ihren Job verloren. Weitere Kündigungen sollen folgen, teils über Aufhebungsverträge. In Einzelgesprächen versuche die Geschäftsführung, unliebsam gewordene Mitarbeiter zum Abschluss solcher Aufhebungs-

verträge zu drängen, weiß Karl-Heinz Neumann – nach dem Schema „Du gehst sowieso, mit einer Klage hast Du keine Chance, nimm mit, was wir Dir anbieten.“ Doch die Verträge bringen den Beschäftigten nicht nur schwer wiegende Nachteile bei der Arbeitslosenversicherung, es geht außerdem auch der angemessene finanzielle Ausgleich für den Verlust des Arbeitsplatzes verloren. „Würde Max Moritz die im Kündigungsschutz vorgesehenen Regelungen einhalten, müssten wesentlich höhere Abfindungen an ausscheidende Mitarbeiter gezahlt werden“, so Neu-

mann, dem zwei solcher Verträge vorliegen. Es hat aber bereits eine ganze Reihe von Mitarbeitern unterschrieben, weiß der IG-Metall-Vertreiter. Nicht alle Max Moritz-Angestellten sind in der Gewerkschaft – und steht erst einmal die Unterschrift auf dem Papier, ist es schwer, noch etwas zu unternehmen...

Während einer Versammlung im Gewerkschaftshaus in Hamm am Dienstag informierten Neumann und sein Kollege Manfred Marx die Werler Max Moritz-Belegschaft. „Plötzlich tauchte Dr. Thomas Heiland von der Weller-Geschäftsleitung samt Werler Führungs-Crew auf“, berichtet Karl-Heinz Neumann, „wir haben dann abstimmen lassen – Ergebnis: Dr. Heiland durfte bleiben.“ Während die beiden Gewerkschaftsleute einen der ominösen Verträge „sezierten“, versuchte der „Brand-Manager“, die Sache zu verharmlosen. „Doch inzwischen schnüffelt er in Werl rum, um zu erfahren, von wem wir den Vertrag bekommen haben“, erzählt Neumann.

Gesprächsangebote der IG Metall zur Klärung der Situation wurden von der Weller-Geschäftsleitung bisher nicht akzeptiert. „Wir sind nach wie vor gesprächsbereit, aber Vereinbarungen lassen sich aus unserer Sicht nur mit Sonder-tarifverträgen treffen“, stellt der Gewerkschafter klar; „Dr. Heiland muss sich bewegen...“



Von „rauen Sitten bei Max Moritz in Werl“ spricht die IG Metall Hamm. Die Geschäftsleitung der Werler VW- und Audi-Autohäuser soll massiv in die Rechte der Beschäftigten eingreifen. Foto: toni

Schwere Vorwürfe gegen Autohäuser

IG Metall wirft „Max Moritz“ vor, Arbeitnehmerrechte massiv zu missachten
Beschäftigte sollen auf Ansprüche verzichten – Weller-Gruppe lehnt Stellungnahme ab

WERL: Die Industriegewerkschaft Metall überzieht die beiden Werler Filialen der Autohaus-Gruppe Weller („Max Moritz“) mit harten Vorwürfen. Das Unternehmen, schreibt Gewerkschaftssekretär Karl-Heinz Neumann, missachte Arbeitnehmerrechte. Die Geschäftsführung des Autohauses, das an der Hammer Straße mit VW und Audi vertreten ist, greife „massiv in die Rechte der Beschäftigten ein“, so der Vorwurf.

Die Gruppe, die nach eigen-

händler werden wolle und über eine sehr gute Finanzdecke verfüge, versuche, „die Lohnkosten und damit die Einkommen der Beschäftigten erheblich abzusenken“.

Mitarbeiter, die bisher unter den Schutz der Tarifverträge fallen, „sollen durch Änderungsverträge auf tarifliche Ansprüche verzichten, anderen Beschäftigten wird die Kündigung angedroht, oder sie werden in Einzelgesprächen zum Abschluss von Aufhebungsverträgen ge-

drängt, die nicht nur schwer

den Beschäftigten haben, sondern bei denen zusätzlich der angemessene finanzielle Ausgleich für den Verlust des Arbeitsplatzes fehlt“, heißt es weiter. Würde Max Moritz die im Kündigungsschutzgesetz vorgesehenen Regelungen einhalten, müsste man „wesentlich höhere Abfindungen an die ausscheidenden Mitarbeiter zahlen“, der Regelsatz liege bei einem halben Monats-einkommen pro Beschäftigungsjahr. Gesprächsangebote der IG Metall zur Klärung

schreibt Neumann. Auch Angebote, gegenüber dem ANZEIGER Stellung zu nehmen, werden in der Weller-Gruppe abgelehnt.

ANZEIGER-Informationen zufolge treffen die Vorwürfe der IG Metall in wesentlichen Punkten zu. Konkret sollen Mitarbeiter angeblich in den Autohäusern künftig weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld erhalten, außerdem sei der Urlaubsanspruch von 30 auf 24 Tage reduziert worden. Zudem soll insgesamt fünf Beschäftigten solch die